

Sperrfrist: 08.09.2017 – 10.30 Uhr

Rede

Elke Hannack

— Stellvertretende DGB-Vorsitzende

— **Für eine gesellschaftliche Bildungsstrategie**

am 8. September 2017 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Ministerpräsidentin Malu Dreyer,
sehr geehrte Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer,
liebe Marlis Tepe, liebe Ute Kittel, sehr geehrter Klaus Klemm,

die Bundestagswahl rückt näher – und plötzlich reden alle über Bildung. Alle Parteien versprechen einen Milliardenseggen für Kitas, Schulen und Hochschulen. In den Reden auf den Marktplätzen wird dann wieder vom wichtigsten Rohstoff gesprochen, auf den unser rohstoffarmes Land doch angewiesen ist. Es wird von sozialer Spaltung und ungerecht verteilten Chancen geredet.

Viele Menschen fürchten: Nach der Wahl wird wieder weitergewurschtelt wie bisher. Bildungspolitik ist das One-Hit-Wonder in jedem Wahlkampf, schrieb kürzlich die Süddeutsche Zeitung.

Ich kann diese Sichtweise sogar verstehen, wenn mir Kolleginnen und Kollegen von verschimmelten Wänden in den Klassenzimmern und verstopften Schulklos berichten. Ich kann es verstehen, wenn mir Kolleginnen und Kollegen, die für ihren Arbeitsplatz von einem Bundesland ins andere gezogen sind, entnervt berichten, wie schwer der Wechsel gerade für ihre Kinder in der Schule war. Vater und Mutter versetzt, Kind sitzen geblieben – so lautet ja ein alter Spruch. Angesichts solcher Zustände frage auch ich mich, ob wir nicht eher einen Bildungsflickenteppich, als eine Bildungsrepublik in Deutschland haben. Natürlich erzeugen diese Erfahrungen jede Menge Frust.

Anrede,
und dennoch teile ich diese resignierte Sicht auf die Bildungspolitik nicht. Ja, es ist Wahlkampf. Und Wahlkampf ist nichts Schlechtes, nichts Verwerfliches. Gerade jetzt soll gestritten werden über die besten Konzepte und notwendigen Reformen. Es geht um was! Es geht um das Menschenrecht auf Bildung. Es geht um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Marode Schulen, fehlende Fachkräfte an Kitas, Schulen oder in Integrationskursen, der Befristungswahn an den Hochschulen, ein zu schmales BAföG, die hohe Zahl junger Menschen ohne Ausbildung, die oft mangelnde Weiterbildungskultur in den Betrieben – das sind die drängenden Fragen unserer Zeit.

Es ist deshalb gut, dass die Parteien auch im Wahlkampf auf das Bildungsthema setzen. Dass die fachliche Tiefe bei manchem Wahlkampf-Tweet leidet, nehme ich da billigend in Kauf.

Spätestens am 25. September 2017, wenn die Sondierungen über neue Koalitionen beginnen, steht das Bildungssystem wieder in Konkurrenz zu anderen Themen. Jede neue Bundesregierung muss dann klar sagen: Will sie – wie von Donald Trump gefordert - den Verteidigungsetat drastisch erhöhen? Will sie kostspielige Steuersenkungen für Vermögende und reiche Erben? Will sie dem Mantra der schwarzen Null weiter folgen? Oder will sie mehr Geld in ein gutes Bildungswesen investieren? Ich bin für jede Stimme dankbar – die sich gerade im Wahlkampf – auf massive Investitionen in unser Bildungssystem festlegt.

Anrede,
ja, es ist Wahlkampf. Wir – der DGB und die Gewerkschaften - wollen auch und gerade im Wahlkampf auf die langen Linien der Bildungspolitik schauen. Vor fast zehn Jahren – am 22. Oktober 2008 – riefen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder die Bildungsrepublik Deutschland aus.

Bund und Länder einigten sich damals auf ehrgeizige Ziele. Die Investitionen in Bildung und Forschung sollten auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, die Quote der jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss halbiert werden. Mehr junge Menschen sollten ein Studium aufnehmen, die frühkindliche Bildung stark ausgebaut und die Beteiligung an Weiterbildung auf europäischen Standard angehoben werden. All diese Ziele sollten nun erreicht sein. In diesem Herbst – so der Plan – wäre Deutschland eine Bildungsrepublik.

Der DGB hat Bund und Länder in den vergangenen Jahren an ihren eigenen Versprechen gemessen. Der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm hat in unserem Auftrag Jahr für Jahr Bilanz gezogen: Was ist aus den Dresdner Versprechen geworden? Heute präsentieren wir die Abschlussbilanz, sie liegt auf den Tischen aus.

Die Bilanz fällt durchwachsen aus. Natürlich gibt es positive Nachrichten. Die Zahl der Krippenplätze ist deutlich gestiegen. Mehr Menschen beginnen ein Studium und bilden sich weiter. Doch ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt: Die soziale Schieflage bleibt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und ohne Berufsabschluss ist bedrückend hoch. Auch bei der Weiterbildung und im Studium öffnet sich die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern. Die vermeintliche „Bildungsrepublik Deutschland“ bleibt ein sozial gespaltenes Land.

Was mich nachdenklich stimmt: In der jüngsten Vergangenheit haben wir sogar Rückschritte zu verzeichnen. Beim Krippenausbau und bei den jungen Menschen ohne Schulabschluss haben sich die Quoten wieder verschlechtert. Zudem wird – gemessen an der Wirtschaftskraft – wieder weniger in Bildung investiert. Das sind Alarmzeichen, die wir gerade im Jahr der Bundestagswahl – und damit auch der Regierungsbildung – beachten müssen.

Auch der Nationale Bildungsbericht, den Bund und Länder gemeinsam veröffentlichen, listet die zentralen Herausforderungen fein säuberlich auf.

Da ist der **festen Sockel der Ausbildungslosigkeit**: Fast 1,4 Millionen Jugendliche zwischen 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Sie befinden sich auch nicht in einer Ausbildung, einem Studium oder einem Freiwilligendienst. Das heißt: Jahr für Jahr gehen mehr als 130.000 Jugendliche auf dem Weg in die Ausbildung verloren. Das sind rund 13 Prozent der Jugendlichen. Unsere Gesellschaft hat sich viel zu sehr an Ausbildungslosigkeit gewöhnt. Hier werden Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung vorprogrammiert.

Da ist die regionale Spaltung: Die Trennlinien verlaufen nun zwischen Stadt und Land. Während die Metropolen durch eine wachsende Bevölkerung und mitunter starke soziale Spannungen geprägt sind, geht es auf dem Land vielfach um den Erhalt von Schulen und Kitas. Inzwischen sind es 163 Gemeinden in Deutschland, in denen sich der öffentliche Träger komplett aus dem Angebot der Sekundarschulen zurückgezogen hat.

Da ist die Integration der Zuwanderer: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lage der Zuwanderer im Bildungssystem verbessert, auch sie erwerben im Schnitt höhere Bildungsabschlüsse. Trotzdem mündete jeder zweite ausländische Jugendliche in die zahllosen Ersatzmaßnahmen im Übergang von der Schule in den Beruf ein. Ausländische Jugendliche verlassen die Schule mehr als doppelt so oft wie einheimische Jugendliche ohne Abschluss und erreichen dreimal seltener die Hochschulreife.

Wer sich diese Probleme anschaut, weiß: Die Bedarfsliste der Bildungsreformen ist noch immer lang. Bund, Länder und Kommunen, aber auch die Sozialpartner haben jede Menge zu tun. Dabei sollten wir unsere Kräfte bündeln – und zusammenarbeiten. Es wäre falsch, wenn künftig jeder in seinem eigenen Vorgarten werkelt und den Blick über den Jägerzaun scheut. Alles was Zusammenarbeit erschwert, sollten wir hinter uns lassen. Deshalb muss auch das Kooperationsverbot endlich weg.

Wir brauchen eine echte gesellschaftliche Bildungsstrategie, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit den Sozialpartnern aushandeln. Dabei geht es nicht um die Frage, ob wir den Föderalismus durch einen Zentralismus ersetzen. Es geht auch nicht darum, den Föderalismus zu schwächen. Im Gegenteil: Wir brauchen einen kooperativen Föderalismus, der die Länderegoismen im Interesse der gesamtstaatlichen Verantwortung für das Bildungssystem zurückstellt. Der Bildungsföderalismus hat nur eine Zukunft, wenn er Mobilität und gleichwertige Lebenschancen bundesweit sichert, aber auch Handlungsspielraum in den Regionen ermöglicht.

Eine solche Bildungsstrategie muss atmen. Niemand hatte beim Dresdner Bildungsgipfel 2008 die Fragen der Digitalisierung, die Integration von Flüchtlingen oder gar die Inklusion auf der Rechnung. Es reicht deshalb nicht aus, einen Einmal-Gipfel zu machen – und dann Ziele für das Jahr 2030 zu vereinbaren. Wenn es eine gemeinsame Bildungsstrategie gibt, muss sie ständig überprüft und erneuert werden. Wir brauchen eine Reformkommission Bildung, die genau diese Strategie aushandelt und neu justiert.

Anrede,

was sollten die Eckpunkte einer solchen Strategie sein? Nun lassen Sie mich vorweg schicken, dass ich mich jetzt im Wesentlichen auf Punkte konzentriere, in denen der Bund eine stärkere Rolle spielen kann. Natürlich ist die personelle Ausstattung der Schulen in sozialen Brennpunkten oder die Qualität des Unterrichts ganz zentral für eine gute Bildungspolitik. Natürlich gibt es viele spannende Entwicklung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetrieben. Das will ich nicht verkennen.

- Wir brauchen mehr **Investitionen in unsere Bildungsinfrastruktur**: Wir brauchen moderne Kitas, Schulen und Hochschulen. Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass in den Klassenzimmern der Schimmel die Wände hochkriecht und die Schultoiletten verstopft sind. Auf 34 Milliarden Euro beziffert die Kreditanstalt für Wiederaufbau den Sanierungsstau allein an unseren Schulen. Es ist deshalb gut, dass der Bund jetzt Geld für die **Modernisierung von Schulen** geben darf. Dies wird kein einmaliges Projekt bleiben können. Und wir dürfen die beruflichen Schulen nicht vernachlässigen. Notwendig ist ein **Pakt für berufliche Schulen**, in dem wir die technische Ausstattung, der regionalen Versorgung, aber auch die Frage des Lehrkräfte-Nachwuchses angehen.
- Apropos technische Ausstattung: Es ist überfällig, dass der von Johanna Wanka verkündete **Digital-Pakt** nicht nur auf der Website des Bildungsministeriums, sondern auch im Haushalt und der Finanzplanung des Bundes fest verankert wird.
- Wir müssen Ganztageangebote in Krippe, Kitas und Schulen ausbauen. Der DGB fordert einen **Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz**. Dabei darf es nicht nur um Infrastruktur gehen, wir müssen die Qualität verbessern. Notwendig sind der Ausbau der Schulsozialarbeit und ein **Kita-Qualitätsgesetz**, dass Bund und Länder – und dies war eine sehr erfreuliche Entwicklung in den jüngsten Wochen – nun gemeinsam entwickeln wollen. Dabei müssten vor allem die Fachkraft-Kind-Relation, die Vor- und Nachbereitungszeiten und die Zeiten für Leitungstätigkeiten berücksichtigt werden.
- Wir brauchen eine **Ausbildungsgarantie**. Fast 80.000 Bewerber fanden 2016 keinen Ausbildungsplatz. Rund 300.000 Jugendliche sitzen in den zahllosen Ersatzmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung. Gerade jungen Menschen mit Hauptschulabschluss fällt der Einstieg in Ausbildung noch immer schwer. Wir müssen die Assistierte Ausbildung ausbauen. Wir müssen über die Qualität der Ausbildung reden. Deshalb ist eine Reform des Berufsbildungsgesetzes überfällig. Und wir brauchen eine echte Ausbildungsgarantie. Eine Ausbildungslosigkeit von mehr als 13 Prozent – die ja auch Klaus Klemm beschreibt – können wir uns nicht mehr leisten.

- Wir sollten die Hochschulen gut finanzieren und müssen vor allem **das BAföG stärken**. Die Studierendenzahlen steigen, die [BAföG](#)-Förderquote sinkt – das ist ein fataler Trend. Nach gut sechs Nullrunden hinkt das BAföG der Entwicklung bei Löhnen und Preisen weit hinterher. Wir brauchen höhere BAföG-Sätze und einen regelmäßigen Inflationsausgleich, damit wir nicht wieder jahrelange Nullrunden bei den BAföG-Sätzen erleben.
- Wir müssen auch die Beschäftigten im Bildungswesen stärken. Dazu zählt zum Beispiel das Beenden des Befristungswahns an den Hochschulen sowie der Befristung von angestellten Lehrkräften. Und Bund und Länder müssen endlich die prekäre Beschäftigung in der Weiterbildung beenden. Wenn es keine attraktiven Arbeitsbedingungen und keinen fairen Lohn gibt, wird es immer schwerer, in der Weiterbildung qualifizierte Lehrkräfte zu finden. Sowohl in der Kita als auch in der Grundschule muss die anspruchsvolle und wertvolle Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen sowie Lehrkräfte endlich anerkannt werden. Eine bessere Bezahlung ist überfällig.
- Das lebenslange Lernen muss mittelfristig durch ein **Erwachsenen-BAföG** verbessert werden. Wir benötigen eine echte Finanzarchitektur lebenslangen Lernens. Bisher stehen zahlreiche Elemente – zum Beispiel das BAföG, das Meister-BAföG, Bildungsprämien und Aufstiegsstipendien – unverbunden nebeneinander. Die Studienfinanzierung, das Nachholen schulischer und beruflicher Abschlüsse sowie die berufliche Aufstiegsfortbildung sollen hier in einem Erwachsenen-BAföG zusammengeführt werden.
- Und natürlich wollen wir **gebührenfreie Bildung** – von der Kita bis zur Hochschule und dem Meister-Kurs.

Anrede,

das waren in Steno unsere Vorschläge für eine gesellschaftliche Bildungsstrategie. Fest steht: Eine neue Bildungsoffensive gibt es nicht zum Nulltarif. Nimmt man die Ziele des Dresdner Bildungsgipfels von 2008 als Maßstab, dann müssten Bund und Länder bereits heute rund 27 Milliarden Euro mehr in Bildung und Forschung investieren.

Anrede,

ja, es ist Wahlkampf. Und das ist auch eine Chance. In den Programmen der Parteien finden sich einige unserer Forderungen wieder. Grüne, Linke, FDP und SPD wollen das Kooperationsverbot abschaffen. Die SPD hat kürzlich konkrete Pläne für eine nationale Bildungsallianz vorgestellt. Und auch die CDU spricht sich für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen aus. Nicht nur Gewerkschaften und Parteien diskutieren über eine Bildungsoffensive, sondern auch viele andere gesellschaftliche Organisationen. Längst gibt es auch viele bemerkenswerte Graswurzel-Initiativen im Bildungswesen selbst. Diese progressiven Kräfte gilt es zu bündeln, um gemeinsam eine gesellschaftliche Bildungsstrategie zu formulieren. Lasst uns diese Chance nach dem 25. September nicht verspielen. Sollte uns dieser neue Anlauf in Richtung „Bildungsrepublik“ nicht gelingen, drohen die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft weiter zuzunehmen mit negativen Folgen für die Integration und langfristig für unsere Demokratie.

Denn es ist immer noch aktuell, das Zitat von John F. Kennedy: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung!“

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.